Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2009 · 48: 449
DOI 10.1007/s00120-009-1962-z
© Springer Medizin Verlag 2009

Redaktion

H. Jonitz, Darmstadt

+++ URO-Telegramm +++

Die Krankenkasse muss Kosten für die häusliche Krankenpflege uneingeschränkt übernehmen. Das hat jetzt das Sozialgericht Lübeck in einem Musterverfahren des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) zur **Versorgung von Patienten mit einem suprapubischen Katheter** entschieden.

Ein **Preissystem, das für alle gilt**: Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach hat eine radikale Neuordnung des Gesundheitssystems gefordert und ein eigenes Modell vorgeschlagen. Dies wolle er in der Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion vorstellen. „Es gäbe eine Gebührenordnung, die gilt für alle, für gesetzlich Versicherte, für Privatversicherte. Der Patient bekommt eine Rechnung, darin steht im Klartext, was gemacht wurde. Und mit dieser Rechnung geht er dann zur Kasse und die Kasse zahlt das Geld direkt an den Arzt“, erklärte er.

Die sächsischen Kassenärzte profitieren nach einem Bericht der „Sächsischen Zeitung“ von der Honorarreform insgesamt mehr als ursprünglich angenommen. Nach jüngsten Schätzungen überweisen die Krankenkassen ihnen in diesem Jahr etwa 394 Millionen Euro mehr als 2007. In der neuen Schätzung gehen „die Experten“ von einem Steigerungssatz von 29 Prozent aus, sagte der parlamentarische Staatssekretär im BMG, Rolf Schwanitz (SPD).

Der Chef der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, Eberhard Gramsch, hat sich für eine **Zusatz-Gebühr für Patienten** ausgesprochen. Er plädiert für eine Eigenbeteiligung bei jedem Arztbesuch. Zur momentanen Situation sagte Gramsch: „Das ist so, wie wenn sie einen Monatsbeitrag für Benzin ausgeben, aber niemand hinterfragt, wie oft sie getankt haben.“ Er wolle mit einer Zahlung teils unnötige Arztbesuche reglementieren.

Die deutschen **Kliniken wollen verstärkt in die ambulante Versorgung** investieren. 73 Prozent der Fach- und Führungskräfte planen der Studie „Krankenhaus Trend 2009“ zufolge, sich verstärkt auf das Angebot ambulanter Leistungen zu konzentrieren. Damit nutzen immer mehr Häuser neue Möglichkeiten, die ihnen der Gesetzgeber bietet.

Die Asklepios Kliniken und die Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB) haben sich jetzt auf den **ersten arzt-spezifischen Tarifvertrag** in der Unternehmensgeschichte geeinigt. Dies teilte der Marburger Bund mit. Damit gelten bei den Asklepios Kliniken künftig bundesweit – genauso wie bereits in den anderweitig tarifgebundenen Hamburger Asklepios Kliniken – einheitliche tarifliche Regelungen für Ärzte.

SCHWEIZ: Die Hausärzte in der Waadt und im Kanton Genf strei-

ken aktuell, um gegen die Senkung der Labortarife zu protestieren. Damit sei ein kostendeckendes Labor nicht mehr möglich und Praxen müssten schliessen, hiess es an einer Kundgebung in Lausanne.

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat die Arzneimittelhersteller zu einem **Preisstopp während der Wirtschaftskrise** aufgefordert. Der Gesundheitsfonds mit seinen staatlichen Kreditgarantien bei Einnahmeausfällen schaffe der Pharma-Industrie im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen relativ stabile Rahmenbedingungen, sagte Schmidt.

Auch **Freiberufler können das konjunkturelle Kurzarbeitergeld nutzen**. Darauf weist die Zahnärztekammer Mecklenburg-Vorpommern hin. „Mit Hilfe des Kurzarbeitergeldes können Praxen in wirtschaftlich schwieriger Lage ihre Mitarbeiter weiter beschäftigen, statt sie entlassen zu müssen“.

Wer häufig **Arztserien im Fernsehen** sieht, hat im realen Leben erheblich mehr Angst vor einer Operation.

Die **Aussichten im Arztberuf werden besser** – meint die „FAZ“. Gesundheit sei den Deutschen viel wert. Gleichzeitig gebe es schon jetzt vielerorts zu wenige Ärzte. „Es ist noch nie so gut gewesen wie jetzt, mit dem Medizinstudium zu beginnen“, sagte Jörg Debatin, ärztlicher Leiter des Uniklinikums Hamburg-Eppendorf, der Zeitung. „Der Ärztemangel wird stärker. Und wer rar ist, der wird auch besser bezahlt.“

Zu Presseberichten, wonach dem **Gesundheitsfonds** im laufenden Jahr ein **Milliardendefizit** drohe, erklärt der Präsident des BVA, Josef Hecken, in Berlin, dass es sich bei den genannten Zahlen um „Mutmaßungen“ handle. Belastbare Zahlen werde es erst Ende April geben.

Mit **Praxisschließungen und Kundgebungen** haben viele der 12.000 Fachärzte in Bayern Ende März erneut gegen die Honorarreform protestiert. Er gehe davon aus, dass etwa 80 Prozent der bayerischen Facharztpraxen dabei geschlossen geblieben seien, sagte der Vorsitzende der Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände Bayern (GFB), Thomas Scharmann, der Presseagentur AP.

„Das System ist am Ende“, sagte Scharmann bei der zentralen Protestveranstaltung auf dem Münchner Marienplatz. Die Ärzte bräuchten rasch eine betriebswirtschaftlich kalkulierte Vergütung ihrer Leistungen. Ansonsten drohten Praxisinsolvenzen – mit der Folge, dass Patienten lange Anfahrtswege hätten und in Klinikambulanzen versorgt werden müssten.

Bei der derzeitigen Honorarregelung könnten nur noch solche Praxen überleben, die ausreichend Privatpatienten hätten, sagte Scharmann. Deshalb werde mit diesem Protesttag dafür gekämpft, „dass Kassenpatienten nicht zu Patienten zweiter Klasse werden“. Derzeit bekämen Fachärzte teilweise pro Kassenpatient und Monat nur sechs Euro. „Damit kann ich keinen kranken Patienten versorgen.“ Vor allem Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) stand in der Kritik. GFB-Vorstandsmitglied Wolf Neher sagte, Schmidt habe mit der Gesundheitsreform die Fachärzte zu „Underdogs“ in diesem System gemacht.